

Sitzungsperiode 2024
Sitzung des Ausschusses IV vom 11. September 2024

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 9 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Zahnarzt-Notdienst in der DG**

Am 6.8.24 erschien auf „Ostbelgien Direkt“ ein Bericht zum Zahnarzt-Notdienst.¹ Ein Leser berichtete, dass am ersten Augustwochenende zahnmedizinisch im Eupener Land nichts ging.

Im Wochenspiegel verwies man in der Rubrik „Notdienste“, dass im Notfall – bei Zahnschmerzen – entweder die Webseite www.dentistedegarde.be oder die Notrufnummer 112 weiterhelfen könne.

Nun war es so, dass die Internetseite www.dentistedegarde.be an besagtem Wochenende nicht aufrufbar war, ebensowenig die vom Grenz-Echo empfohlene Seite www.zahnarzt-notdienst.be.

Daraufhin rief der von Zahnschmerzen geplagte OD-Leser die Notrufnummer 112 an. Dort wurde er mit der Zentrale verbunden, wo man ihm mitteilte, dass man, wenn jemand nach dem Zahnarzt-Notdienst frage, auf die Internetseite www.dentistedegarde.be verweise.

Die letzte Möglichkeit war nun die Notaufnahme des Eupener Krankenhauses zu kontaktieren. Dort wurde er gefragt ob er schonmal in Henri-Chapelle angerufen habe. Wie sich im Nachhinein herausstellte, meldete der dortige Anrufbeantworter, dass die Praxis bis Montagmorgen geschlossen sei.

So blieb eigentlich nur noch die Möglichkeit den Zahnarzt-Notdienst in Aachen zu kontaktieren.

Wir von der Vivant-Fraktion sind der Meinung, dass hiesige Gesundheitsdienstleister – und dazu zählen auch die Zahnärzte – wohnortnahe Lösungen anbieten müssen. Im oben beschriebenen Fall kommen nämlich multiple Problemlagen auf den Bürger zu.

- 1) die Suche nach einem verfügbaren Zahnarzt
- 2) lange Fahrten für dringend benötigte Behandlungen
- 3) die medizinische Versorgung in der Muttersprache ist nicht gewährleistet
- 4) ein Kommunikations- Informationsdefizit in der DG. Es kann doch nicht sein, dass wenn eine website, aus welchen Gründen auch immer nicht erreichbar ist, der analoge Informationsfluss in Bezug auf Bereitschaftsdienste versagt.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

¹ https://ostbelgiendirekt.be/zahnarzt-notdienst-in-eupen-393280?fbclid=IwY2xjawEfHKtleHRuA2FibQIxMQABHR_4CSHNQRGZGgcQJGqRf4Qu4bWQCH5-UOgRbD3UgM9KOk4IDF8B9KZLEw_aem_IcTjIwqQLWY7G2um6awow&sfnsn=mo.

Unsere Fragen lauten in diesem Zusammenhang :

1. Wurden derartige Probleme (zahnmedizinische Notdienste) auf den interministeriellen Konferenzen in Bezug auf die DG in der Vergangenheit besprochen?
2. Wie ist der Tenor?
3. Gibt es Gespräche mit den hiesigen Krankenhäusern, wie man den Informationsfluss verbessern kann, um die Patienten im Notfall zumindest schnell zu orientieren?

• **Frage Nr. 10 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zum Familien- und Seniorendienst SAFPA**

Seit 2007 bietet der Familien- und Seniorenhilfsdienst der sozialistischen Krankenkasse aus Verviers (SAFPA) seine Dienstleistungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft an. Im Juni 2024 hat der Dienst seinen 18 deutschsprachigen Mitarbeitern gekündigt. Über 100 Nutznießer, überwiegend pflegebedürftige Senioren in ganz Ostbelgien wurden, ebenso wie die Mitarbeiterinnen, von der Nachricht überrascht.

Der scheidende Gesundheits- und Sozialminister Antonios Antoniadis (SP) verwies auf die bestehenden gesetzlichen Grundlagen und sah die Hauptverantwortung bei der Organisation selbst, die es in 17 Jahren nicht geschafft haben soll, sich mit den gesetzlichen Bestimmungen in der DG abzufinden. Die SAFPA selbst sieht die Schuld bei der DG-Regierung. Die sei nicht bereit gewesen, tatsächlich anfallende Kosten zu tragen.

Statt gegenseitiger Schuldzuweisungen steht für Vivant die Lösungsfindung an erster Stelle, denn der Bedarf an Familienhilfe ist in Ostbelgien hoch und der Fokus der Regierung sollte darin liegen, das bestehende Personal in der DG zu halten und die 100 Nutznießer zur vollsten Zufriedenheit zu bedienen.

Wir schätzen die Arbeit von VIVADOM, denken jedoch, dass eine Vielzahl an Diensten einen Mehrwert darstellt. Daher unterstützen wir ausdrücklich den Wunsch der Mitarbeiterinnen, einen zweiten Dienst durch eine zweite Trägerstruktur zu schaffen.

Die betroffenen Mitarbeiterinnen tun laut GrenzEcho-Bericht ihren Unmut über die mangelnde Kommunikation der SAFPA-Direktion kund, aber bemängeln auch, dass sich seitens der Gewerkschaft (CNE) kaum etwas tue.²

Ministerpräsident Paasch sei bereit, eine zweite Trägerstruktur zu schaffen.

Die DG-Regierung habe bereits Sondierungen auf der Suche nach möglichen Trägern begonnen, doch seien ihr bisher die Hände gebunden gewesen weil die Zusage aus Verviers, den Dienst bis Ende 2025 beizubehalten, fehle. Diese Zeit würde benötigt, um einen neuen Dienst unter neuer Trägerschaft ins Leben zu rufen.

Ein Schreiben an die SAFPA-Verantwortlichen sei verfasst worden, mit der Zusage, für alle bis zu der Übernahme des Dienstes anfallenden Kosten aufzukommen.

In Verviers verwies man jedoch auf die nächste Sitzung des Verwaltungsrates, die für Ende August geplant war.

In diesem Zusammenhang lauten unsere Fragen :

1. Was wurde auf der Sitzung des Verwaltungsrates besprochen oder Ihnen übermittelt ?
2. Konnte die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft (CNE) in den letzten Monaten verbessert werden?
3. Können Sie uns schon Näheres zu den Sondierungsgesprächen bezüglich der Suche nach möglichen Trägern sagen?

² <https://www.grenzecho.net/109879/artikel/2024-07-27/mangelnde-kommunikation-bei-safpa-dg-regierung-sucht-neuen-trager>.

• **Frage Nr. 11 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerin KLINKENBERG zur Entbindungsstation Eupen**

Am 8.8.24 berichtete der BRF, dass das Eupener Krankenhaus weiterhin ohne Entbindungsstation bleibe.³

Im Oktober 2021 wurde diese wegen Personalmangels geschlossen, und nun, fast 3 Jahre später ist kein Wendepunkt zu erkennen.

Ich zitiere aus dem BRF :

„Laut Krankenhaus-Chefarzt Tom Van Leemput finde man so gut wie keine Ärzte, die bereit sind, einen Bereitschaftsdienst zu leisten.

Für die junge Generation sei die Work-Life-Balance wichtiger geworden, sagt der Chefarzt. Und es gehe nicht alleine darum, als Gynäkologe bereit zu sein. Man sei dann vertraglich verpflichtet, innerhalb von 15 bis 20 Minuten im Kreißsaal zu sein.“

Laut Dr Van Leemput könne sich die Situation noch verschärfen, weil künftig auch Sprachtests auf Ärzte mit ausländischem Diplom zukommen, wenn das Diplom nicht in einer der drei belgischen Landessprachen erlangt worden ist.

Nun habe der scheidende föderale Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke auch schon die Idee ins Spiel gebracht, alle praktizierenden Fachärzte – also auch Gynäkologen – zu einem Bereitschaftsdienst in einem Krankenhaus zu verpflichten.

Wir von der Vivant-Fraktion sind uns der großen Herausforderungen bewusst, finden aber, dass man sich zu wenig auf die Chancen einer kleinen Klinik konzentriert. Die Schließung der Geburtenstation ist nun schon 3 Jahre her und man hat es immer noch nicht geschafft eine vollständige Equipe von Gynäkologen auf die Beine zu stellen.

Dabei können kleinere Kliniken im Gegensatz zu großen Kliniken auf persönliche Rekrutierungsstrategien zurückgreifen, indem Wert auf eine familiäre Atmosphäre gelegt wird, die auch im Rekrutierungsprozess vermittelt werden kann. Sprich : kleinere Kliniken haben durchaus Chancen auf dem Markt, wenn der Trumpf der Klinik in den Fokus gerückt wird.⁴

Hierzu lauten unsere Fragen:

1. Wie werden Sie sich auf der nächsten interministeriellen Konferenz positionieren, in Bezug auf einen verpflichtenden Bereitschaftsdienst ?
2. Inwieweit ist die DG in die künftigen Sprachtests für Ärzte mit ausländischem Diplom eingebunden?
3. Wie sieht die aktuelle Situation aus um durch Kooperationen im Bereich Personalressourcen mit anderen Krankenhäusern einen Bereitschaftsdienst auf die Beine zu stellen ?

• **Frage Nr. 12 von Herrn JERUSALEM (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Platzvergabe und Qualität der außerschulischen Betreuung**

Vor einigen Wochen erhielten zahlreiche Eltern vom ZKB die Information, dass der Betreuungsplatz ihrer Kinder für die außerschulische Betreuung nicht mehr zur Verfügung stehen wird, obschon sie bereits lange Zeit darauf zurückgegriffen hatten. Zwar sind Betreuungsplätze nicht gottgegeben, doch hier lag kein Verschulden der Eltern vor. Der Grund für den Platzverlust lag nämlich in technischen Problemen seitens des IT-Lieferanten des ZKB, durch die E-Mails des ZKB teilweise nicht zugestellt und als Spam aussortiert wurden.

Das ZKB hat sich zügig um eine Klärung des Problems gekümmert und alle Eltern darüber informiert. Auf ihren erneut eingereichten Antrag erhielten jedoch nicht wenige Eltern

³ <https://brf.be/regional/1885514/>.

⁴ <https://www.praktischerarzt.de/magazin/arbeitgeber/recruiting-grosse-klinik-vs-kleine-klinik/>.

postwendend eine Absage mit dem Vermerk, dass man in den Standorten der außerschulischen Betreuung über begrenzte Betreuungsplätze [...] verfüge und die maximale Betreuungskapazität bereits erreicht sei.

Anschließend gelang es jedoch, die Kapazitäten in zahlreichen Standorten zu erhöhen. Dennoch ist es mir ein Anliegen herauszufinden, ob das für wirklich alle betroffenen Eltern gilt, die in bis Ende des abgelaufenen Schuljahres auf einen Betreuungsplatz zurückgreifen konnten, diesen aber nun trotz eines vermeintlich eingereichten Antrags verloren haben.

Außerdem ist es bedeutend, dass trotz der Erhöhung der Kapazitäten die hohe Qualität der Betreuung gewährleistet bleibt.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen, Frau Ministerin:

1. Nach welchen Vergabekriterien werden die Plätze im Fall von Problemen ähnlich derer des abgelaufenen Sommers vergeben?
2. Wieso hat man nach Feststellung der technischen Probleme die Platzvergabe nicht unterbrochen, um eine gerechte Vergabe der Plätze zu gewährleisten?
3. Wie wird gewährleistet, dass die Qualität der Betreuung trotz der zum Teil deutlich höheren Auslastung aufrechterhalten werden kann?

• **Frage Nr. 13 von Frau COLLING (ECOLO) an Ministerin KLINKENBERG zur Demenzprävention in der DG**

Im August 2024 berichtete der BRF, dass in Belgien laut Schätzungen 200.000 Menschen an Demenz leiden⁵. Diese Zahlen sind nicht überraschend. Seit Jahren alarmieren Fachleute und warnen davor, dass die demografische Entwicklung und die Demenz unser Gesundheitssystem an den Rand des Abgrunds bringen werden, wenn keine wirksamen Strategien eingeführt werden. Für Ecolo ist diese Problematik seit langem ein zentrales Anliegen und meine Vorgängerin Inga Voss hat dieses Thema mehrfach in diesem Ausschuss thematisiert (siehe Fragen Nr. 389 und Nr. 1674).

Das spektakuläre an der im Artikel zitierten neuen Studie⁶ ist aber, dass beinahe die Hälfte der Demenzfälle vermieden oder zumindest hinausgezögert werden könnte. Der belgische Demenzspezialist Jurn Verschraegen hebt dabei den ungünstigen Einfluss gewisser Lebensgewohnheiten und Verhaltensweisen hervor⁷. Zu den Risikofaktoren, die es zu vermeiden oder zu verringern gilt, gehören u.a. übermäßiger Alkoholkonsum, Diabetes, Bewegungsmangel und Depressionen. Aber auch ein niedriges Bildungsniveau, Rauchen, Luftverschmutzung, Bluthochdruck, Übergewicht und soziale Einsamkeit. Das Risiko an Demenz zu erkranken ist also nicht nur eine Frage der körperlichen Verfassung oder Veranlagung, sondern auch und vor allen Dingen eine Frage der sozialen Umstände, in denen man lebt.

Es steckt also enormes Potenzial in der Prävention. Angesichts dieser Tatsachen und des demografischen Wandels in unserer Gesellschaft ist es dringend erforderlich, kurz- und langfristige Strategien zu entwickeln, um dieser Krankheit, die in unserer Gesellschaft immer weiter verbreitet ist, entgegenzuwirken.

Hierzu unsere Fragen:

1. In Flandern gibt es seit geraumer Zeit ein unabhängiges Expertisezentrum für Demenz. Plant die Deutschsprachige Gemeinschaft eine Kooperation mit Flandern, um eine solche Initiative in der DG zu starten?
2. Das Koalitionsabkommen der neuen Regierung sieht eine konsequente Umsetzung der Demenzstrategie von 2017 vor⁸. Wie sieht die Umsetzung im Einzelnen aus: Zeitpunkt, Akteure, Budget?

⁵ <https://brf.be/national/1883621/>.

⁶ <https://www.thelancet.com/commissions/dementia-prevention-intervention-care>.

⁷ <https://brf.be/national/1883621/>.

⁸ <https://oliver-paasch.be/wp-content/uploads/sites/2/2024/06/koalitionsabkommen.pdf>.

3. Inwieweit engagiert sich die DG für die Demenzprävention in den Bereichen Alkohol & Tabakabhängigkeit, mentale Gesundheit, soziale Vereinsamung und Übergewicht?

• **Frage Nr. 14 von Frau NEUENS (SP) an Ministerin KLINKENBERG zur Zuständigkeit für die Kleinkindbetreuung**

In der vergangenen Legislaturperiode war die Zuständigkeit für die Kleinkindbetreuung der Unterrichtsministerin zugeordnet worden. Dies wurde damals mit der engen inhaltlichen Synergie zwischen Kleinkindbetreuung und Schulwesen, insbesondere im Bereich der außerschulischen Betreuung, begründet. Die in den letzten Jahren durchgeführten Reformen haben diese Synergien noch verstärkt und die weitere Entwicklung dürfte noch mehr in diese Richtung gehen.

Dazu meine Fragen:

1. Aus welchen Gründen ist die Zuständigkeit für die Kleinkindbetreuung nicht beim Unterrichtsminister belassen, sondern an die Sozialministerin übertragen worden?
2. Wie stehen Sie zu einer stärkeren Verzahnung der außerschulischen Betreuung mit dem Schulwesen?

• **Frage Nr. 15 von Frau NEUENS (SP) an Ministerin KLINKENBERG zu Investitionen im öffentlich geförderten Wohnungsbau**

Zum Ende der Legislaturperiode hat das Parlament auf Vorschlag des ehemaligen zuständigen Ministers für Wohnungsbau, Antonios Antoniadis, umfangreiche Reformen auf den Weg gebracht.

Vor allem im öffentlich geförderten Wohnungsbau enthält das Dekret zahlreiche Neuerungen. So hat die Öffentliche Wohnungsbaugesellschaft Ostbelgien, kurz ÖWOB, einen umfangreichen Werkzeugkasten erhalten, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Wohnungsvergabe auf neue Füße zu stellen.

Für Investitionen in die Steine hatte die Regierung ein Paket von 67 Millionen Euro geschnürt. 30 Millionen Euro wurden als Kapital bereits gezeichnet und an die Gesellschaft ausgezahlt. Weitere 37 Millionen können nach Bedarf von der ÖWOB abgerufen werden. Die Finanzmittel dienen dazu, den Bestand energetisch zu sanieren und auf Vordermann zu bringen. Hierzu wurden zwei Drittel des Kapitals veranschlagt. Das letzte Drittel ist zudem für Neubauten vorgesehen. Angesichts der Preisentwicklung der letzten Jahre glauben wir, dass weitaus mehr Mittel notwendig sein werden.

Neben den Investitionsmöglichkeiten enthält der Werkzeugkasten des Dekrets auch große Veränderungen im Vergabesystem der Wohnungen. So soll die Gesellschaft künftig besser gegen Fehlbelegung vorgehen können. Zudem soll die soziale Durchmischung erhöht werden können. Außerdem wird eine Priorität auf Arbeit und die Bevölkerung aus Ostbelgien gelegt. Mieter müssen Sprachkenntnisse nachweisen und sich bei Arbeitslosigkeit aktiv um Arbeit bemühen.

Das alles soll zusätzlich mit mehr sozialer Betreuung und einem Hausmeisterdienst umrahmt werden. Auch hierfür wurden die finanziellen Mittel vorgesehen.

Ganz wichtig ist es jetzt, dass diese bedeutende Reform zügig in einem Erlass Niederschlag findet. Parallel, so hatte es der Minister den Parlamentariern im Mai erklärt, muss eine Software für die ÖWOB entwickelt werden. Ohne den Erlass und die Informatik können die neuen Vergabekriterien keine Anwendung finden.

Meine Frage lautet daher heute:

1. Welchen Zeitplan sieht die Regierung für das Inkrafttreten des Erlasses vor?
2. Wie lautet der Stand der Dinge in diesem bedeutenden Projekt?
3. Ist eine öffentliche Ausschreibung für die Entwicklung der Software erstellt worden?